

## Stellenabbau muss gestoppt werden!

Mit dem "Einstellungskorridor" von jährlich 800 Stellen muss noch im Jahre 2008 begonnen werden, forderte GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider beim traditionellen Neujahrsempfang der GdP BW in Eberdingen.

Von Wolfgang Schmidt, Landesredakteur

Zum 24. Neuiahrsempfang konnte der Landesvorsitzende Josef Schneider in der Gemeindehalle in Eberdingen-Hochdorf am 23. Januar 2008 zahlreiche Gäste aus der Landespolitik, der Gemeinde Eberdingen, der Polizeiführung, der Justiz, anderer Verbände und Gewerkschaften sowie befreundeten Unternehmen begrüßen. Unter den Gästen waren u. a. Innenminister Heribert Rech (CDU), der erste Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler (SPD), der neu gewählte SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel und die Polizeisprecher der Landtagsfraktionen.

In seiner Rede ging der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Josef Schneider, auf den eingeleiteten Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst ein. Er warf dem Innenminister vor, dass sich der Stellenabbau nicht mit den ständig steigenden Belastungen verträgt. Insbesondere nicht mit der bedrohlich steigenden Gewaltneigung gegen unsere Kolleginnen und



Kollegen und mit der auch immer wieder öffentlich beschworenen Terrorgefahr.

#### Keiner soll sagen, er hätte nichts gewusst!

Die Gewerkschaft der Polizei wird es immer wieder öffentlich machen, dass die Verantwortlichen bewusst die Polizei schwächen. Es soll später keiner sagen, er hätte davon nichts gewusst! Schneider forderte die Landesregierung auf, bereits vor dem nächsten Wahlkampf, zu einer Änderung der Personalpolitik für die Polizei zu kommen.

An den Innenminister gewandt sagte Schneider, dass Innenminister Rech ja

Fortsetzung auf Seite 2



Innenminister Heribert

Fortsetzung von Seite 1

selbst einräume, dass die Personaldecke der Polizei dünn und die Arbeitsbelastung anhaltend hoch ist. "Wenn dies so ist und es gibt ja in dieser Frage keine unterschiedlichen Meinungen, müssten doch Sie, Herr Rech, dem Landtag vorschlagen. auf den beschlossenen Stellenabbau zu verzichten", so Schneider. Solche Töne hat die GdP aber nicht gehört sondern immer nur, dass die Polizei auch zur Sanierung des Haushaltes beitragen müsse.

#### Ausleihe

Wir haben anscheinend so viel Personal, dass wir die Schweiz während der

### Redaktionsschluss

#### **Bitte beachten:**

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im April 2008 ist Freitag, der 7. März 2008. und für die Mai-Ausgabe 2008, Mittwoch, der 9. April 2008



DELITSCHE POLIZEI Ausgabe: Baden-Württemberg

#### GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen Telefon (0 70 42) 8 79-0 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11 E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de Internet: www.gdp-bw.de

#### Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11 E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

#### Redaktion:

Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.) Weißensteiner Straße 79 73525 Schwäbisch Gmünd privat: (0 71 71) 6 13 85 Telefax: (0 71 71) 6 95 26 Handy-Nr.: 01 71/8 57 20 00

#### Verlag und Anzeigenverwaltung:

POLIZEILITERATUR GMBH Forststraße 3 a, 40721 Hilden Telefon (02 11) 71 04-1 83 Telefax (02 11) 71 04-1 74 Anzeigenleiter: Daniel Dias Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien Marktweg 42–50, 47608 Geldern Postfach 14 52, 47594 Geldern Telefon (0 28 31) 3 96-0 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



Fußball-EM baden-württembergische Polizeikräfte zur Verfügung stellen können, so Schneider zu den Gästen.

Schneider ging auch mit der Effizienzrendite im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform hart ins Gericht. Schneider sagte: "Es müssen jetzt zwar weniger, aber immerhin 409,5 Stellen abgebaut werden. Auch hier gelte, dass der öffentliche Eindruck erweckt wird, der Stellenabbau sei bereits beendet. Ganz im Gegenteil ist festzustellen, dass immer noch um die 250 Stellen abgebaut werden müssen. Dies schwächt die Polizei genau so wie der Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst.

#### Die öffentliche Sicherheit darf nicht zur Reservekasse für die öffentlichen Haushalte werden!

Dieses Zitat vom ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher sollte Innenminister Heribert Rech zum Nachdenken bewegen. Auch dass Polizeipräsenz ein unverzichtbares Mittel der Prävention ist. Weniger Polizeibeamte sind angesichts der seit langem zu beobachteten Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung ein schwerer Fehler, so Schneider. An den Innenminister gewandt sagte Schneider: "Sie können mit entsprechenden politischen Mehrheiten



alle Gesetze verschärfen, Online-Durchsuchungen ermöglichen, Warnschuss-Arrest und Erziehungscamps einführen, alle möglichen Menschen beim Telefonieren oder im Internet überwachen und die Video-Überwachung ausdehnen. Ohne ausreichende Zahl von gut ausgebildeten und hoch motivierten Polizeibeschäftigten wird das nicht funktionieren."

#### Neue Kleider

In Zeiten der Not kauft man seinen Kindern nicht zuallererst neue Kleider.



Ganz im Gegenteil, man sorgt dafür dass die Kinder vor allem ausreichend zum Essen haben, so Schneider und meinte damit, dass die Polizei alles gebraucht hätte, außer einer komplett neuen Dienstkleidung.

#### Ein Skandal: nur 6.7% der Stellen des höheren Dienstes sind oberhalb von A 14 ausgewiesen

Zum Schluss seiner Rede ging Schneider auf die nicht angemessene Besoldungsstruktur der Polizei in Baden-Württemberg ein. "Wenn nur 6,7% der Stellen des höheren Dienstes in den Be-

Fortsetzung auf Seite 4





#### Viele gute Gründe, jetzt Mitglied zu werden und Mitglieder zu werben!

Die Risiken eines verantwortungsvollen Berufes und unserer modernen, technisierten Umwelt kann niemand allein tragen.

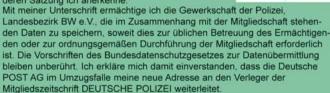
Wir bieten Dir:

- GdP-Rechtsschutz
- GdP-Diensthaftpflicht-Regressversicherung
- GdP-Regress-Haftpflicht-Versicherung
- GdP-Beruf- und Freizeit-Unfallversicherung GdP-Sterbegeldbeihilfe
- Wir setzen uns für Deine leistungsgerechte Bezahlung ein.
- Wir machen uns in den Medien stark für für die Interessen und das Ansehen der Polizei.
- Wir sind die Gewerkschaft aller Sparten, die eine leistungsfähige Polizei ausmachen: Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verwaltung, Beamte, Angestellte und Arbeiter.
- Wir sind mit einem Vertrauensmann direkt vor Ort in nahezu jeder Dienststelle.
- Wir versorgen Dich mit Informationen durch unsere Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI.

### Die Kompetenz für Baden-Württemberg Gewerkschaft der Polizei! Beitrittserklärung

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk BW e.V. bei,

deren Satzung ich anerkenne



#### Einzugsermächtigung

Ort

Hiermit ermächtige ich die GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, Landesbezirk BW e.V., widerruflich den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (immer zum 1. Februar, Mai, August und November) zu Lasten meines genannten Giro- bzw. Postscheckkontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Unterschrift

- Die günstige GdP/BHW VISA Card/Master Card im Doppelpack Preiswerte Zusatz-Rechtsschutzversicherung bei der Advocard
- Sensationell günstige Versicherungen jeglicher Art bei der PVAG Polizeiversicherungs AG

#### 25 €Tankgutschein für den Werber!

Deine Mitgliedschaft bringt Dir viele Vorteile: Hohe Rabatte bei Reisen, Neuwagen,

Medikamenten und Handyverträgen.

|   | Ich habe ein Neumitglied geworben  Name  Vorname |
|---|--|
| Nama Vernama  |  |
| Name,Vorname  |  |
| Straße und Hausnummer   |  |
|   |  |
| PLZ Wohnort   |  |
|   |  |
| Bankleitzahl Kontonummer Name der Bank/Postgiro               |  |
|   | 01   |
| Geburtsdatum  | Beitrittsdatum                                   |
| Dienststelle:   |  |
| bei Schupo/Kripo/Verw./WSP/Bepo etc.  Amts-/Berufsbezeichnung |  |
| Besoldungs-, Vergütungs-, Lohn                                | gruppe Std% Arbeitsstunden/Woche bei Teilzeit    |
|   |  |

Deine GdP: Ganz persönlich. Eine starke Gemeinschaft. Die GdP - eine für alle.

Hochrangiger Besuch der SPD beim Neujahrsempfang der GdP. Unser Bild zeigt Claus Schmiedel MdL (2. von rechts), den neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag BW, den Ersten stellv. Präsidenten des Landtages BW, Wolfgang Drexler, MdL (3. von rechts), den Polizeisprecher der SPD, Reinhold Gall, MdL (2. von links), und unseren Kollegen (ganz rechts) Martin Zerrinius, den neuen Vorsitzenden des SPD-Polizeirates.



#### Fortsetzung von Seite 2

soldungsgruppen A 15 bis B 3 ausgewiesen sind, ist das ein beredtes Beispiel dafür, wie die Politik die Polizei insgesamt bewertet, dann ist es auch nicht verwunderlich, dass wir immer noch ca. 6000 Kolleginnen und Kollegen in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 bei der Polizei in Baden-Württemberg haben. Das ist eine unangemessene Bezahlung", so Schneider.

An den Innenminister gewandt sagte Schneider, dass sich die GdP ausdrücklich eine sachliche Diskussion in diesen Fragen wünscht und dass die GdP jederzeit gesprächsbereit ist.

#### Spaßgesellschaft hat sich als grandioser Irrtum entlarvt!

Anfang 2008 könnte man sicher sagen. dass sich die Spaßgesellschaft als grandioser Irrtum entlarvt habe, meinte der erste Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler (SPD) bei seinen Grußworten mit Blick auf die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen und Heranwachsenden. Drexler überbrachte die Grüße des Landtages von Baden-Württemberg. In seinen Ausführungen sagte Drexler u. a., dass die Debatte um Jugendgewalt nur dann hilfreich sei, wenn sie mit dem Wahltag in Hessen nicht



zu Ende ist. "Das Instrumentarium im Jugendstrafrecht würde ausreichen, dies sagen auch alle Speziallisten", so Drexler. Ein frühzeitiges Ergreifen, eine schnelle, konsequente und harte Verurteilung seien ausschlaggebend für die Eindämmung der Jugendgewalt.

se sind u. a. mehr Polizeibeamte, so Drexler und stellte vier Positionen dazu vor:

- 1. schnellere Bestrafung. Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz nach dem Beispiel des Haus des Jugendrechts in Stuttgart.
- 2. Rückfallquote reduzieren. Verweis auf das Projekt "Chance" im Strafvollzug (pädagogische Begleitung).
- 3. Prävention stärken. Z. B. an allen Schulen mit Sozialarbeitern.
- 4. Integration fördern. Dies kann erreicht werden, indem bessere Betreuungsplätze eingerichtet werden. Die Erlernung der deutschen Sprache ist das wichtigste Instrument zur Integration. Die Bildungschancen müssen verbessert werden und Drexler forderte auch mehr Ganztagesschulen.

Wer es ernst meint bei der Diskussion um Jugendgewalt darf keine 640 Stellen bei



So trifft man sich wieder. Das GdP-Ehrenmitglied Norbert Stier im Gespräch mit der Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiums Karlsruhe, Hildegard Gerecke, und mit dem ehemaligen Landespolizeipräsidenten Dr. Alfred Stümper.

Drexler wartete auch mit Zahlen auf, so seien 44,6% der jugendlichen Täter nach dem Jugendstrafrecht und 55,3% nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt worden.

#### Verwahrlosung

Drexler zitierte den Oberbürgermeister von Stuttgart, Wolfgang Schuster (CDU), der mit Blick zum Haus des Jugendrechts in Stuttgart sagte, dass das Phänomen der Jugendkriminalität nicht eine Frage des Passes sei, sondern eine Frage der Verwahrlosung. Entscheidend sei, dass die Strafe auf dem Fuße folgen müsse, so wie im Haus des Jugendrechts.

#### Konsequenzen

"Wer über Jugendgewalt rede, müsse auch die Konsequenzen kennen" und dieder Polizei des Landes streichen. Bei 52% Zunahme der Gewalttäter bei Jugendlichen kann man keinen Abbau von Stellen betreiben", so Drexler abschließend.

#### Immer wieder Null-Verschuldung

Nicht gerade gut gelaunt tritt Innenminister Heribert Rech (CDU) ans Mikrophon und verteidigte zunächst die Sparpolitik der Landesregierung.

Mit markigen Sätzen wie: "Weiter so in allen Bereichen geht nicht. Die alten Rezepte führen uns wieder an die Wand. Das Ziel der Null-Verschuldung muss unter allen Umständen erreicht werden. Wir haben eine Gesamtverantwortung als Politiker und man kann nicht immer nur die Polizei sehen", begann Rech seine Rede.

Zur kommenden Dienstrechtsreform und der Besoldungsrunde sagte der In-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 4

nenminister, dass er dafür einstehen werde, dass Beamte nicht noch mehr bluten müssen ..... warten wir es ab (Anmerkung der Redaktion). Der Polizei ginge es noch besser wie andere Verwaltungen, meinte Rech zu den Stellenstreichungen. Mit Stolz verwies er auf den Pensionsfond des Landes Baden-Württemberg.

Rech verwies auch auf den Einstellungskorridor von 800 Stellen, der ab 2008 so beschlossen sei. Er stehe für 2008, mal sehen was kommt, meinte der Innenminister

In seinen weiteren Ausführungen ging Rech auch auf die Gefährlichkeit des Polizeiberufes ein und erinnerte an die im Dienst getöteten Polizeibeamten. "Die Fürsorge für die Polizeibeamtinnen und -beamten verpflichte die Landesregierung, dem Eigenschutz einen noch höheren Stellenwert beizumessen", betonte der Innenminister.

#### Entspannung der Sicherheitslage?

"Von einer Entspannung der Sicherheitslage könne keine Rede sein. Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen", so Rech mit Blick auf die Bekämpfung des islamistischen Terrors.

Die Bekämpfung des islamistischen Terrors war das herausragende Thema der Polizeiarbeit im vergangenen Jahr. Die Festnahme der drei Terrorverdächtigen am 4. September 2007 war ein großer Erfolg der Sicherheitsbehörden, an dem baden-württembergische Polizei maßgeblich beteiligt war.

Rech erwähnte auch, dass insgesamt 1263 Polizisten aus Baden-Württemberg beim G8-Gipfel in Heiligendamm die dortigen Einsatzkräfte unterstützten.

#### Jugend- und Gewaltkriminalität

Der Innenminister sorgt sich um die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und Heranwachsenden. Die aktuelle Diskussion habe gezeigt, dass die Polizei im Land viel leiste und innovative Antworten auf viele Fragen der Zeit habe. Jugendliche Intensivtäter, Haus des Jugendrechts, ressortübergreifendes Maßnahmenpaket, Wohnortprin-Stufenmodell, Schulschwänzer, Schwellentäter und über 700 Präventionsprojekte seien Stichworte der erfolgreichen Interventionsstrategie im Land. Entscheidend sei, dass bestehendes



Recht konsequent angewandt und gegebenenfalls um das Notwendige erweitert werden muss.

ten Weise.

Rech hält den Warnschussarrest, die Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts für Heranwachsende und die Heraufsetzung der Jugendhöchststrafe auf 15 Jahre für sinnvoll und notwendig.

#### Nachts kein Verkauf von Alkohol an Tankstellen

Der Innenminister will eine Regelung hinbekommen, dass nachts an Tankstellen kein Alkohol mehr verkauft werden darf. Den alkoholbedingten Gewaltausbrüchen muss begegnet werden und dieses Verbot kann helfen. Es sei ein großes Problem der Gewaltkriminalität, dass man rund um die Uhr Alkohol kaufen könne und es gerade deshalb bei alkoholisierten jungen Menschen immer wieder zu Vandalismus, Randale und Schlägereien komme.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Innenminister auch auf die Stellenund Beförderungssituation der Polizei

Diese Ausführungen können im Bericht "A 7 ist für mich und eine professionell agierende Polizei nicht mehr zeitgemäß" von Ralf Knospe und auch die Bewertung "warum kritisiert die GdP eigentlich den Innenminister" von Rüdiger Seidenspinner in dieser Ausgabe nachgelesen werden.

Zum Schluss forderte Innenminister Heribert Rech (CDU) die GdP auf, mit ihm an einem Strang zu ziehen. "Wir müssen zusammenarbeiten, sonst erreichen wir gar nichts", rief er in den Saal.

Lange Gespräche und Diskussionsrunden unter den Gästen waren die Folge der Einlassungen der drei Redner und der Probleme, die in den Reden aufgeworfen wurden.

Man könnte es fast einen Schlagabtausch zwischen Innenministerium und Gewerkschaft der Polizei nennen, was heute hier abgelaufen ist, meinte ein hochrangiger Polizeiführer, war aber sichtlich angetan vom Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg und wünschte sich öfters eine solche Veranstaltung bei der von keiner Seite ein Blatt vor den Mund genommen wird und auch unbequeme Wahrheiten angesprochen werden. Denn nur so kommt die Polizei des Landes Baden-Württemberg bei allen Problemen, die sie hat weiter. Wosch



#### **BESOLDUNG**

# **Innenminister Rech:** "A 7 ist für mich und eine professionell agierende Polizei nicht mehr zeitgemäß"

Im Rahmen des GdP-Neuiahrempfangs nahm Innenminister Rech auch zu Zukunftsplänen im Polizeibereich Stellung. Nachfolgend ein Auszug aus seiner Rede zu diesem Thema:

"Ich will festhalten, dass wir ab dem Jahr 2008 über den reinen Nachersatzbedarf die Einstellungen auf jährlich 800 erhöhen müssen und wollen - und da danke ich unserem Ministerpräsidenten ausdrücklich für seine klaren Aussagen. Die decken sich mit dem Beschluss des Landesparteitags und mit diesem Einstellungskorridor kann der ausgewogene Altersaufbau der Polizei verbessert und eine ausgeglichenere Auslastung der Ausbildungseinrichtungen – auch daran müssen wir denken – gewährleistet werden.

Und dann natürlich profitieren wir von der jetzt noch – dies räume ich ein - von der jetzt noch günstigen Bewerberlage, damit wir die Polizei auch in die Lage versetzen, auf die aktuellen gravierenden fachlichen Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Und jetzt ein offenes Wort: Mir ist klar die Mehreinstellungen erst zeitversetzt nach der Ausbildung, dass die Nachwuchskräfte zu einer Personalverstärkung führen werden. Ich bin realistisch genug um zu sehen, dass die Zeit bis dorthin für die Polizei personell sehr schwierig wird. Und ich glaube, es vergeht kein Tag, an dem wir dies nicht auch in unseren Gremien und im Landtag sagen und in den Fraktionen sagen. Und deswegen ist es wichtig, beim Abbau von Stellen sehr sensibel vorzugehen und die konkrete Situation vor Ort zu beachten. Und da steht für mich im Focus die Leistungsfähigkeit der operativen Bereiche insbesondere der Streifendienst und ich begrüße es in dem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Polizeiführung eine landesweite Arbeitsgruppe eingerichtet hat mit dem Ziel, den Stellenabbau möglichst - möglichst - präsenzschonend vorzunehmen. Aber das Delta ist bereits da bei den etwa 300 Stellen und das müssen wir auch offen einräumen und wir müssen es als Argument dafür verwenden, zu sagen, bis hierher und nicht weiter, weil ansonsten das operative Geschäft der Polizei leidet.

Zu Besoldungsstruktur werden wir Diskussionen haben, aber wir haben auch schon welche hinter uns. Es ist klar, dass es altersstrukturbedingt ungünstige Beförderungsperspektiven im mittleren Polizeivollzugsdienst gibt. Dem gilt es entgegenzuwirken und deswegen werden wir in dieser Legislaturperiode - und dies ist beschlossen – und das wird auch umgesetzt – 1400 Stellenhebungen realisieren. Das bedeutet 280 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten von A 7 nach A 8 und 1120 von A 8 nach A 9.

Die beiden ersten Tranchen mit jeweils 350 Hebungen sind im Doppelhaushalt 2007/2008 schon etaisiert und die zwei letzten Raten werden 2009/2010 vollzogen. Und darüber hinaus wird der Stellenanteil im gehobenen Dienst von früher 50 auf jetzt insgesamt 55 Prozent erhöht. Damit können wir auch unseren älteren Polizeibeamten auch weiterhin eine konkrete Aufstiegshilfe über den W-8-Lehrgang bieten. Ich sehe grundsätzlich einen weiteren

Bedarf für Verbesserungen im Bereich der Besoldungsstrukturen, vorrangig im mittleren Dienst, und dazu ein letztes, ein klares Wort: A 7, meine Damen und Herren, ist für mich und eine professionell agierende Polizei nicht mehr zeitgemäß. Aber auch die Schlüsselung der Stellen im gehobenen Dienst und die einzelbewerteten Funktionen im höheren Dienst dürfen nicht außer Acht gelassen werden und soweit sich hier finanzielle Spielräume eröffnen – das werden wir sehr genau im Auge behalten – werden wir versuchen, im Rahmen der weiteren Umsetzung der Dienstrechtsreform entsprechende Verbesserungen für die Polizei zu realisieren. Im Haushalt, ein letzter Punkt, sind rund 1,5 Millionen mehr veranschlagt für die Polizei als im Jahr zuvor im Haushalt 2007, insbesondere für die Fortführung der IUK-Modernisierung und für die Verbesserung der technischen Ausstattung.

Fortsetzung auf Seite 8

Unser Bild zeigt den Innenminister Heribert Rech, CDU, und den Landesvorsitzenden der GdP, Josef Schneider, beim Neujahrsempfang 2008 in Eberdingen-Hochdorf.



Anzeige

### Rechtsanwalt René Moos

### **Beamtenrecht Disziplinarrecht** Waffenrecht



Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Fachanwalt für Mietrecht und WEG-Recht.

Web: www.ra-moos.de Tel.: 0 62 21/41 22 56

Adresse: Uferstraße 8a, 69120 Heidelberg

#### **BESOLDUNG**

Fortsetzung von Seite 7

Die Haushaltsmittel müssen wir aber auf die operative Arbeit der Polizei konzentrieren. Folge davon ist, dass diese Einsparauflagen vorrangig zu Lasten der Investitionen gehen. Aber das Ziel, den Haushalt weiter zu konsolidieren. Schulden abzubauen und auf neue Schulden zu verzichten, das wäre ja das Einfachste – also nach dem Motto ,Arm aber Sexy', was geht mich an was morgen ist, nach mir die Sintflut, ja da würde mir vieles einfallen, was ich sofort umsetzen würde. Aber so geht's halt nicht. Also deswegen, dieses Ziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren und dennoch sage ich Ihnen, es wird eine solide und sachgerechte Mittelausstattung für die Polizei im Haushalt 2009/2010 geben; dafür setze ich mich ein."

#### **TERMINE**

### JHV KG Zollernalbkreis

Wolfgang Schmidt

Am Montag, dem 7. April 2008, lädt die GdP-Kreisgruppe Zollernalbkreis alle Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein. Die Veranstaltung wird im "Soldatenheim" in Meßstetten um 17.00 Uhr beginnen. Die Kreisgruppe würde sich freuen, wenn zahlreiche Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit wahrnehmen würden, bei der Jahreshauptversammlung sich über die Aktivitäten der Kreisgruppe und der GdP Baden-Württemberg zu informieren.

## Senioren-Stammtisch

Walter Burkart

Der nächste GdP-Seniorenstammtisch der KG PP Stuttgart findet am

Donnerstag, 27. März 2008, 14.00 Uhr, im "Blick Solitude", Stuttgart-Wolfbusch, Solitudestraße 121,

Die Seniorinnen und Senioren unserer Kreisgruppe sind dazu herzlich eingeladen.

Neben einer ganzen Menge von Informationen aus dem Polizeipräsidium wird es auch Informationen u. a. zu Änderungen im Versorgungsbereich geben. Als kompetenter Berater und Gesprächspartner wurde dazu Peter Böhm von der Signal-Iduna eingeladen. Außerdem wollen wir über die Gestaltung unserer nächsten Treffen sprechen.





Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 26.07. - 02.08.2008

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preise: Mitglieder 150 € / Nichtmitglieder 200 €

> Anmeldeunterlagen anfordern bei Melanie Nehls unter Melanie. Nehls@polizei.bwl.de Handy 0174/9298286



#### ROLLENVERTEILUNG

## Warum kritisiert die GdP eigentlich den Innenminister?

Von Rüdiger Seidenspinner

Diese Frage bekommen wir immer wieder gestellt. Der zweite Hinweis ist dann meist, dass der Innenminister doch keine Polizeiposten schließt oder Reviere zusammenlegt. So weit. so gut. Kurz beleuchtet stimmt das. Ein Innenminister muss keine Polizeireviere zusammenlegen - auch wenn er als Mitglied der Landesregierung die Weichen dazu stellt. Das überlässt er den Dienststellenleitern, also den Leitern der Polizeipräsidien und der Polizeidirektionen.

Doch das ist leider nur die halbe Wahrheit. Zunächst gehört es zu den Aufgaben eines Dienststellenleiters, seinen Zuständigkeitsbereich so zu organisieren und zu strukturieren, dass eine optimale Erfüllung der Aufgaben gewährleistet ist. Dass es hierbei zu Veränderungen kommen kann, ja kommen muss, wenn sich das Personal durch politische Entscheidungen verringert, ist eindeutig. Keiner ist also verantwortlich. Der Minister beruft sich auf Sparzwänge und die Dienststellenleiter müssen mit dem leben, was sie von der Landesregierung bekommen.

#### Sparprogramme gelten weiter

Die Verwaltungsreform hat ihre Spuren bei der Polizei im Nichtvollzugsbereich (nicht nur im Tarifbereich, sondern auch im Beamtenbereich der Verwaltung) hinterlassen. Die Landesregierung hat die Effizienzrendite für die Polizei mit Ablauf 2008 zu den Akten gelegt und betrachtet dies (Gott sei Dank) als ausreichend. Die anderen Spar-Programme aber laufen weiter, weshalb auch weiter Personal im Nichtvollzugsdienst abgebaut werden muss. Unser Innenminister erweckt in der Öffentlichkeit aber einen gegenteiligen Eindruck. Alle Welt soll glauben, wir hätten die Talsohle bereits durchschritten.

Alles (oder besser fast alles) ist der Nettonullverschuldung unterzuordnen das betont Herr Rech mittlerweile fast gebetsmühlenhaft. Schulden müssen ab-



Rüdiger Seidenspinner

gebaut werden, und zwar mit Nachdruck. Bezogen auf unsere Kinder und Kindeskinder ist dies löblich und mehr als überfällig. Das sehen wir natürlich auch so. Aber hier ohne Maß und Ziel voranzugehen und die sehr angespannte Sicherheitslage einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, wird sich eines Tages bitter rächen. Bis dahin müssen die Polizistinnen und Polizisten im Land ihren Kopf hinhalten. Anmerken darf man an dieser Stelle auch, dass diejenigen, die jetzt in der Regierungsverantwortung sind, parteipolitisch betrachtet, die gleichen sind, die die Verantwortung für die Verschuldung des Landes tragen.

#### Defizite müssen aufgezeigt werden

Schnell bekommt man bei dieser Gemengelage den Hinweis, dass man den Innenminister nicht angreifen, also nicht in die persönliche Verantwortung nehmen darf. Das ist lieb gemeint, doch trifft es den Kern der Sache wiederum nur halb (wenn überhaupt).

Die GdP hat immer und zu jeder Zeit Defizite bei der Polizei aufgezeigt. Das werden wir auch in Zukunft so halten. Herrn Rech haben wir nach seiner Ernennung zum Innenminister im Jahr 2004 einen Brief geschrieben. In diesem Brief haben wir damals schon alle Probleme der baden-württembergischen Polizei thematisiert. Hier einige Auszüge:

Sehr geehrter Herr Innenminister,

..... Die Polizei des Landes steckt finanziell in einer äußerst schwierigen Situation. Allein die Entwicklung der Preise für die Treibstoffe unserer Einsatzfahrzeuge lässt manchem Verantwortlichen vor Ort "die Haare zu Berge stehen". Trotz aller Sparzwänge muss die Polizei so viel Geld bekommen, dass die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger auch erfüllt werden können. Hier sehe ich zurzeit aber erhebliche Probleme. Die heutige Sachmittelausstattung kann dies nicht leisten.

Wie Sie gestern im SWR-Fernsehen gesagt haben, werden wir mit dem vorhandenen Personal unsere Aufgaben bewältigen müssen. Leider werden wir unser vorhandenes Personal aber nicht behalten, obwohl ein Personalzuwachs notwendig wäre. Dies gilt für den Polizeivollzugsdienst - insbesondere aber für den "Nichtvollzugsdienst" in den Polizeidienststellen in gleichem Maße. Deshalb unsere Bitte an Sie: Stoppen Sie den vorgesehenen Stellenabbau bei der Polizei des Landes!

Wenn Personal abgebaut werden muss, weil die finanziellen Zwänge dies erfordern, dann müssen gleichzeitig auch Aufgaben abgebaut werden. Dies ist aber bei der Polizei nicht erkennbar. Und unsere Computer arbeiten auch nicht "auf Knopfdruck" oder gar von selbst.

Ihnen ist ebenso bekannt, dass Sie als Ergebnis des sicher gut gemeinten Besoldungsstrukturprogramms inzwischen eine "zweigeteilte Polizei" mit erheblichem Frustpotenzial übernehmen. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im mitt-

Fortsetzung auf Seite 10



#### ROLLENVERTEILUNG

Fortsetzung von Seite 9

leren Polizeivollzugsdienst haben derzeit eigentlich überhaupt keine verlässliche Perspektive.

Wenn in Baden-Württemberg eine Polizeibeamtin/ein Polizeibeamter 20 Jahre arbeiten muss, um in die Besoldungsgruppe zu kommen, in der z. B. die hessischen Kolleginnen und Kollegen bei der Einstellung in den Polizeidienst eingruppiert werden, dann zeigt dies das ganze Ausmaß der Misere. Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die an vorderster Front in der Polizei des Landes Baden-Württemberg - oft auch an den Brennpunkten - arbeiten, brauchen eine Perspektive! Das hoffentlich noch bekannte "Kienbaum-Gutachten" hat die eindeutige Aussage, dass der sachbearbeitende Dienst in der Polizei mindestens der Besoldungsgruppe A 9 zuzuordnen ist.

Wir brauchen eine Verbesserung der Stellenobergrenzen für den mittleren Dienst nicht nur auf dem Papier! Wir brauchen eine Fortführung der Stellenumwandlungen vom mittleren in den gehobenen Dienst über den sog. W8-Lehrgang. Ansonsten wird unsere Polizei – auch unter dem Eindruck der gerade laufenden Beurteilungsrunde eines Tages nicht mehr führbar sein. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich persönlich um das "Beurteilungschaos" kümmern, das in den Dienststellen auch deshalb eingetreten ist, weil sich die Beurteiler an irgendwelche erhaltenen oder selbst gewählten Vorgaben gehalten haben, die nicht im Einklang mit der VwV-Beurteilung Pol stehen, die mit der Zustimmung des Hauptpersonalrats der Polizei in Kraft gesetzt wurden.

Ganz große Sorge bereitet mir aber der "Crash", der sich bei den Einstellungszahlen für den Polizeivollzugsdienst abzeichnet. Wer in Kenntnis der Altersstruktur der Polizei jetzt die Einstellungen in den Polizeidienst so "in den Keller fährt", wie es derzeit den Anschein hat, der wird eines Tages für die Folgen dafür verantwortlich gemacht werden.

In den Jahren 1988 bis 2003 wurden im Durchschnitt 723 junge Menschen pro Jahr in den Polizeidienst des Landes eingestellt. Auch in dieser Zeit gab es schon Achterbahnfahrten für die Ausbildungsstellen insbesondere durch die Rückführung der Einstellungszahlen in den Jahren 1998 und 1999, als jährlich die damals möglichen Ausbildungsstellen um jeweils 100 gekürzt worden sind. 150 Einstellungen in den Polizeidienst im Jahr 2004 machen die Dramatik deutlich, wenn man sie mit dem Durchschnitt der letzten 16 Jahre vergleicht. Aufgrund der Altersstruktur der Polizei, der guten Bewerberlage und den Erfordernissen der Ausbildungsdienststellen bei der Bereitschaftspolizei wäre es dringend geboten, die Zahl der Einstellungen vorausschauend zu planen. Nur durch eine konstante mittel- bis langfristige Einstellungsplanung kann die Qualität der polizeilichen Ausbildung sichergestellt und die Funktionsfähigkeit einer immer älter werdenden Polizei garantiert werden. Die Gewerkschaft der Polizei hat in der Vergangenheit dazu schon konkrete Vorschläge unterbreitet, z. B. durch ein KW-Stellenprogramm jetzt "auf Vorrat" auszubilden und die Stellen dann wieder abzubauen, wenn die überproportional starken Jahrgänge 1957 bis 1963 in den Ruhestand treten.

Wie Herr Ministerpräsident Teufel für die Unternehmen richtig erkannt hat, ist es angesichts rückläufiger Geburtenzahlen jetzt vernünftig, auf Vorrat auszubilden. Diese Erkenntnis gilt in Kenntnis der Sicherheitslage und der besonders schwierigen Altersstruktur der Polizei erst recht für die Polizei!"

Also kann der Innenminister heute nicht so tun, als wäre dies alles vom Himmel gefallen und niemand hätte ihn gewarnt. Nein, er hat es gewusst und es wurde ihm immer wieder und wieder gesagt, geschrieben und in Gesprächen erläutert. Zunächst wurde immer die angespannte Haushaltslage als Gegenargument benutzt. Dabei konnte man damals den Eindruck gewinnen, Herr Rech würde uns gerne helfen. Inzwischen – nachdem sich die finanzielle Lage des Landes zum Guten hin gewendet hat - lehnt er mehr Polizeistellen ab. Warum er diese Kehrtwendung vollzogen hat, ist bis heute sein Geheimnis.

#### Loyalität bis an die Grenze

Klar könnte man von den "Chefs" erwarten, dass sie kämpfen wie die Löwen, doch a) ist das Kämpfen meist Sache der Löwinnen und b) muss man deren Situation sehen. Dass alle im Gleichklang heulen ist kaum vorstellbar, man ist ja loval mit der staatstragenden Partei.

Aber. Wer uns – wie unser Innenminister - Blockadehaltung vorwirft und uns keinen Termin für ein Gespräch hat, der muss sich nicht wundern, wenn der Ton rauer und härter wird.

Herr Rech, Sie und wir Polizistinnen und Polizisten haben eines gemeinsam, wir haben einen Eid geleistet! Wir erfüllen unseren tagtäglich, wann erfüllen sie Ihren? Wenn Sie sagen, wir müssen zum Wohl der Polizei an einem Strang ziehen, dann haben Sie Recht. Wir sollten aber am gleichen Ende und in die gleiche Richtung ziehen.

Rüdiger Seidenspinner

#### DIE RECHTSECKE

Mit dieser Ausgabe beginnen wir mit der Veröffentlichung von neuen Urteilen. Wir wollen immer wieder in verschiedenen Ausgaben der Deutschen Polizei, das ganze Jahr hindurch, über Veränderungen von Rechtslagen und neuen Urteilen berichten. Wir konnten dazu den ehemaligen stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Strobel gewinnen. Karl-Heinz Strobel wird die Urteile zusammenstellen und in der "Rechtsecke", so haben wir die Veröffentlichung benannt, berichten. Wosch

#### Grundsätze zur dienstlichen Beurteilung

SaarlLVO 40

- 1. Dass in der Gremiumsbesprechung, in der dienstliche Beurteilungen vorbereitet wurden, über einen bestimmten Beurteilungsfall nur wenige Minuten gesprochen wurde, indiziert nicht die Rechtswidrigkeit der Beurteilung.
- 2. Ein einer dienstlichen Beurteilung anhaftender Mangel - hier: Informationsdefizit - kann im Verwaltungsverfahren betreffend die Überprüfung der Beurteilung geheilt werden.
- 3. Bei einem statusamtsbezogenen Beurteilungsmaßstab ist es nahe liegend, dass die erste Beurteilung nach einer Beförderung schlechter ausfällt als die vorausgegangene Beurteilung; maßgeblich sind aber die Umstände des Einzelfalls.
- 4. Eine dienstliche Beurteilung ist nicht in sich widersprüchlich, weil die Einzelmerkmale "Belastbarkeit" und "Einsatzfähigkeit" unterschiedlich bewertet sind.

OVG Saarlouis vom 10. 4. 2007 – 1 A 22/2007

#### **TAUSCH**

Caroline Helmes, Polizeihauptmeisterin, seit 1994 bei der Polizei in Bayern, davon neun Jahre Streifenbeamtin im Wechselschichtdienst beim PP München, sucht dringend eine/n Tauschpartnerin/Tauschpartner aus Baden-Württemberg. Die Kollegin möchte gerne beim PP Karlsruhe oder PP Mannheim ihren Dienst verrichten. Wer Interesse an einem Tausch hat, sollte mit der Kollegin selbst in Kontakt treten. Ihre Handy-Nummer ist: 01 72/9 17 97 05. wosch



Anmeldeschluss:

06. März 2008













Reisepreis pro Person

ab € 1.630.-

Flug nach St. Petersburg und Einschiffung auf MS Tschechov, Abendessen an Bord.

2. und 3. Tag St. Petersburg; Stadtrundfahrt Theater am berühmten Newskij Prospekt,

St. Isaak-Kathedrale, die Alexandersäule, Standbild Peter des Großen, Peter Paul Festung, Eremitage im Winterpalast, Puschkin mit Katharinenpalast (legendäres Bernsteinzimmer) und vieles andere mehr.

- 4. Tag Mandrogi; über den Ladoga-See erreichen Sie gegen Mittag das kleine Dorf Mandrogi, hier wird für alle Passagiere ein Picknick organisiert. Entdecken Sie den Ort und lassen Sie sich von der russischen Holzarchitektur überraschen. Ein kleines Wodka-Museum und eine Handwerkssiedlung laden zum Besuch ein.
- 5. Tag Kischi/Onegasee, 6. Tag Goritsy; mit der MS Tschechov geht's über den Wolga-Ostsee-Kanal in die Wolga. Ausflug nach Kirillow, Besichtigung des Klosterkomplexes des Kirillow-Bjeloserski-Klosters, ein interessantes Denkmal der altrussischen Architektur
- 7. Tag Jaroslawl, die im 11 Jh. Von Jaroslaw dem Weisen gegründete Stadt bewahrte bis heute viele beachtenswerte Denkmäler. Sie sehen u.a. das Christi-Verklärungs ("Erlöser")-kloster, eine Reihe majestätischer Kathedralen, die Prophet-Elias-Kirche u.v.m.

8. Tag Uglitsch; Besichtigung des Uglitscher Kremel, die Dmitrij-Blut-Kirche

9.-11. Tag Moskau; Lassen Sie sich von der russischen Hauptstadt mit ihrer wunderschönen Architektur und zahlreichen Sehenswürdigkeiten beeindrucken.

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an.

### Dresden mit Konzert des Kammerorchesters "Viruosi Saxioniae" in der Frauenkirche Reisetermin: 31.07.2008 bis 03.08.2008

ab € **440,00** 

Anmeldeschluss 30. März 2008

Konzert am 01.08.2008 um 19:00 Uhr

Reisepreis pro Person im DZ/Frühstück

und Eintrittskarte PK 4

Eingeschlossene Leistungen:

Busreise ab/bis Stuttgart, Karlsruhe, Mainz (weitere Zusteigemöglichkeiten auf Anfrage)

3 x Übernachtung mit Frühstücksbuffet

1 x Guide für eine 3-stündige Stadtbesichtigung Dresden

1 x Eintrittskarte der Kat. 4 für das Konzert des Kammerorchesters "Viruosi Saxioniae" in der Frauenkirche

Zuschläge für eine andere Preiskategorie der Konzertkarte sind in unserer ausführlichen Reiseausschreibung, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zusenden.

#### Litauen – Lettland – Estland Reisetermin: 11.06. bis 18.06.2008

Baltische Hauptstädte und Kurische Nehrung 8-tägige Rundreise, Bustransfer zum Flughafen Frankfurt Reisepreis pro Person

im DZ € 1.370.- im EZ € 1.650.-

Das Baltikum hat mehr zu bieten als nur seine Hauptstädte. Lernen Sie Litauen, Lettland und Estland einmal anders kennen. Erleben Sie das Wechselspiel zwischen Kultur und Natur. Mit dem Baltikum entdecken Sie eine außergewöhnliche Seite europäischer Geschichte. Diese Reise führt in die drei baltischen Hauptstädte, aber auch nach Kaunas, Klaipéda und zur Kurischen Nehrung. Lassen Sie sich verzaubern von mittelalterlichen Altstädten und beeindruckenden Nationalparks. Sie werden in guten Mittelklassehotels mit Halbpension untergebracht.

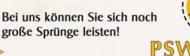
Lernen Sie viele Sehenswürdigkeiten bzw. wunderschöne Orte kennen.

Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen

Bitte fordern Sie auch zu dieser Reise unsere ausführliche Reiseausschreibung an.



PSW-Reisen GbR Christa + Björn Schmidt GbR Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen Tel.: 07042-879 223, 224 und 225 Fax: 07042-879 222 www.psw-gbr.de . info@psw-gbr.de



#### **LANDESPRESSEKONFERENZ**

# Premiere: SPD-Fraktion mit den Landesvorsitzenden von GdP, DPoIG i. DBB und BDK in der Landespressekonferenz

Das durch den hessischen Wahlkampf aufgeheizte Thema Jugendkriminalität war der Anlass für die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag, entsprechende parlamentarische Initiativen einzubringen. Die Landesregierung soll aus der Sicht der SPD dadurch gezwungen werden, mehr präventiv gegen Jugendkriminalität zu tun und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die Rückfallquote senken helfen.

Diese Initiativen wurden auf einer Landespressekonferenz am 31. Januar 2008 von den Abgeordneten Reinhold Gall (innenpolitischer Sprecher) und Rainer Stickelberger (rechtspolitischer Sprecher) vorgestellt. Nach Überzeugung der SPD-Fraktion muss Hauptziel aller rechtspolitischen Maßnahmen die Vorbeugung von Straftaten, die schnellere Verurteilung von Straftätern und die Reduzierung der Rückfallquoten jugendlicher Straftäter sein.

Eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität kommt nach den Worten Galls der polizeilichen Kriminalprävention zu. "Die Polizei erzielt beachtliche Erfolge, aber die langfristig steigenden Zahlen der Jugendkriminalität zeigen deutlich, dass diese Arbeit verstärkt werden muss." Den kommunalen Projekten müsse finanzielle Planungssicherheit gegeben und die Ausstattung mit hinreichend Personal sichergestellt werden. Zudem müsse die Polizei personell und finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Präsenz an Brennpunkten zu verstärken. "Ich halte es für inakzeptabel, dass es bei uns Plätze gibt, die ältere Bürgerinnen und Bürger aus Angst vor Übergriffen Jugendlicher meiden." Gall: "Der durchsichtige Ruf der Landes-Regierung nach härteren Strafen kann nicht davon ablenken, dass sie der Polizei bis heute die notwendigen Stellen verweigert, die sie zur präventiven Eindämmung jugendlicher Gewaltkriminalität dringend bräuchte."

Die Landesvorsitzenden von GdP, DPolG und BDK widersprachen gemeinsam dem Eindruck, der sich nach entsprechenden Ankündigungen unserer Landesregierung in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise bereits eingestellt hatte. Die Schaffung eines "Einstellungskorridors" - egal ob ab 2008 oder 2009 - wird die Polizei im Land nicht verstärken. Darauf wurde sehr deutlich hingewiesen. Der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider erklärte: "So richtig die angekündigte Maßnahme ist, sie dient allein der Korrektur der Altersproblematik und zur Vorbereitung auf die sehr hohen Pensionierungszahlen, die in wenigen Jahren bei der Polizei des Landes ins Haus stehen."

Solange die Landesregierung die jetzige Beschlusslage nicht verändert, werden in den Polizeidienststellen des Landes bis Ende des Jahres 2010 - bezogen auf die Situation vor der Umsetzung der Verwaltungsreform - ca. 1400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger zur Verfügung stehen. Und dies ist angesichts der aktuellen terroristischen Bedrohungslage, der Situation im Zusammenhang mit der Jugendkriminalität und Jugendgewalt, der Gewalt gegen Polizeibeamte und vielen anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen unverantwortlich – auch wenn unser Innenminister dies nicht zur Kenntnis nehmen will. Mit immer weniger Polizei wird sich nicht immer mehr Polizeipräsenz schaffen lassen.

"Polizeipräsenz ist ein unverzichtbares Mittel der Prävention. Weniger Polizeibeamte angesichts seit langem zu beobach-

tender Gewaltanwendung ist ein schwerer Fehler. Niemand kann sagen, er habe es nicht gewusst. Die Polizeigewerkschaften haben immer und immer wieder darauf hingewiesen. Die öffentliche Sicherheit darf nicht Reservekasse für die öffentlichen Haushalte den", schrieb der ehemalige Bundesminister Hans-Dietrich Genscher zu diesem Thema in

einem Beitrag für den "Berliner Tagesspiegel". Diese Beurteilung der Lage sollte unser Innenminister einfach mal zur Kenntnis nehmen - statt stur immer die gleichen Positionen zu verkünden.

In einer Presseerklärung als Reaktion auf die Pressekonferenz betonte Innenminister Heribert Rech einerseits, dass die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität seit Jahren ein eindeutiger Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Baden-Württemberg ist. "Wir werden mit allen Mitteln gegen Flatrate-Saufen und Alkoholverkauf zur Nachtzeit vorgehen", erklärte der Innenminister. Als Hauptgrund für die Gewaltkriminalität nannte Rech den exzessiven Alkoholkonsum. 2007 habe beinahe jeder dritte Jugendliche unter 21 Jahren bei Gewaltdelikten unter Alkoholeinfluss gestanden. Glaubt man inzwischen wirklich ernsthaft, dass man dieses Problem mit einem nächtlichen Verkaufsverbot von Alkoholika an Tankstellen lösen kann? Schaden kann es ja nichts, es kostet ja auch nichts. Nach Ansicht von Herrn Rech kann die Polizei diese Probleme nicht alleine lösen, auch nicht mit mehr Personal. Aber das haben wir auch gar nie behauptet, Herr Innenminister! Mit weniger Personal aber sicher auch nicht!

Die Sparpläne der Landesregierung belasteten – so der Innenminister – auch die Polizei - so einfach ist das. Könnte man diese Pläne nicht ändern? josch



Die Medien wurden von den drei Landesvorsitzenden der Gewerkschaften im Polizeibereich und von der SPD informiert. Das Bild zeigt v. l. n. r.: Manfred Klumpp, BDK, Joachim Lautensack, DPolG, Rainer Stickelberger, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Reinhold Gall, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Josef Schneider, GdP.

